

## **Crouch, C: Die bezifferte Welt, Berlin 2015.**

[engl. Original: The Knowledge-Corrupters. Hidden consequences of the financial takeover of public life. Cambridge 2015.]

Übergeordnete These: Der Neoliberalismus ist ein Feind des Wissens; dazu fünf Unterthesen:

1. Ein marktwirtschaftlich geführter öffentlicher Dienst führt zu Kompetenzverlusten.
2. Unbegrenzte Marktmechanismen verdrängen andere, z. B. wissenschaftliche Erkenntniswege.
3. Die klassische Markttheorie postuliert moralisch integer handelnde Marktteilnehmer. Im Gegensatz dazu zeigt die Theorie der rationalen Wahl (rational-choice-theory), dass sich die Fälschung oder Verzerrung von Wissen für Marktteilnehmer lohnen kann.
4. Der Neoliberalismus ist ein konzernorientierter und seine Annahmen und Methoden führen zu exklusiven Informationszugängen und manipulativer Nutzung von Informationen. Das steht im Gegensatz zu klassischen liberalen Annahmen und Methoden, die Polypole und Markttransparenz unterstellen bzw. zum Ziel haben.
5. Die Dominanz des Effizienzdenkens führt zur Verdrängung aller menschlichen Eigenschaften und Verhaltensweisen, die nicht der moralfreien Egozentrik verpflichtet sind. (13ff.)

Der öffentliche Dienst wird gemessen nach Kennziffern, die als Marktanalogen die Funktionen von Preisen übernehmen sollen. Damit ergibt sich das Problem der interessegeleiteten Indikator- bzw. Parameterwahl. (19f.) Aus der Politik bzw. der Regierung erfolgen dazu so genannte „Anstöße“ („nudges“). (21)

Der Begriff der Freiheit wird in einer marktdominierten Gesellschaft beschränkt auf die (freiwillige) Übernahme aller Attribute, die einer Person von Märkten zugeteilt werden. Gemäß Philip Mirowski [amerikanischer Wirtschaftshistoriker, (1951–)] wird der Mensch so zu einem „Bündel aus Investments, marktgängigen Fähigkeiten, temporären Allianzen und handelbaren Körperteilen“ (49). „Am Ende ist dann jeder von uns gezwungen, sich die Identität zu eigen zu machen, die der Markt ihm zuweist, weil der Markt nun einmal über mehr Informationen über uns verfügt, [sic!] als wir selbst sie irgendwo anders beschaffen könnten.“ (49) Im Vergleich des Neoliberalismus mit dem Totalitarismus, also dem Faschismus und Sozialismus, besitzen neoliberale Herrscher weit weniger Möglichkeiten, Identitätsübernahmen zu erzwingen. Daher ist das Leben in liberalen kapitalistischen Gesellschaften „unermesslich akzeptabel“; es gibt jedoch einen Trend in Richtung des eindimensionalen Menschen im Sinne Marcuses. (51)

Verfechter der Theorie rationaler Wahl argumentieren nach folgendem Schema:

- Prämisse: Der Markt ist einziger Wertindikator.
- Randbedingung: Ehrlichkeit wird im Finanzsystem nicht nachgefragt.
- Schluss: Ehrlichkeit hat im Finanzsystem keinen Wert.

Ein rational entscheidender und handelnder Marktteilnehmer wird also lügenhaft, z. B. durch Manipulation und Fälschung von Informationen, handeln, falls er dadurch (nach seiner Erwartung) seinen Nutzen maximieren kann. (78f.)

Demgegenüber vertritt Onora Baroness O’Neill of Bengarve [britische Philosophin, (1941–)] den Standpunkt, dass Lügen die Rede- und Handlungsfreiheit anderer beeinträchtigen, indem sie die Grundlage jeder Kommunikation, das Vertrauen, untergraben. Wissentlich Lügende sind insoweit „Trittbrettfahrer der Aufrichtigkeit und des Vertrauens anderer“ (zit. n. Crouch, 84). Während Individuen im Rahmen der Meinungsfreiheit auch lügen dürfen, ist dieses Recht Institutionen aufgrund ihrer Machtposition nicht zugestehen: Einzelne könnten dann nicht mehr unterscheiden, wem sie vertrauen sollen, um sich ein eigenes Urteil zu bilden. – Das Zugestehen eines institutionellen Rechts auf Lüge wäre gleichbedeutend dem Recht, die Demokratie zu untergraben. (83f.)

Während der Altliberalismus stets den Vorrang und die Garantie individueller Freiheitsrechte zum Ziel hatte, unterscheidet der Neoliberalismus nicht länger zwischen Freiheitsrechten von Individuen einerseits und Organisationen andererseits. (84)

Die These v. Hayeks, der Markt sei, weil unbeeinflusst von individuellen Interessen und Fehlbarkeiten, der bestmögliche objektive Wissensproduzent, ist durch diverse Fälle empirisch widerlegt worden: Stets handelten menschliche, fehlbare Akteure in relevantem Ausmaß und ihre Entscheidungen bestimmten die Verfügbarkeit von Wissen sowie die Priorisierung von Handlungsoptionen. (100) [Das widerlegt die These nicht, sondern zeugt aus v. Hayeks Perspektive von Unvollkommenheiten in den jeweiligen Märkten, die durch spontane und evolutionäre Entwicklungen schließlich überwunden werden; M.G.]

In einer Wissensgesellschaft führen technische Gegebenheiten und eine neoliberale (konzernorientierte) Ideologie schließlich zur Machtkonzentrationen bei wenigen Konzernen. Wissen wird infolge dessen zum Handelsgut privater Unternehmen, die nur dann 'moralisch' handeln, falls es sich für sie lohnt. (103)

Mit dem Leitbild des „New Public Management“ sollen Strukturen und Verfahrensweisen privater, gewinnorientierter Unternehmen im öffentlichen Dienst etabliert werden. Fehlendes Managementwissen wird dabei als ursächlich für nicht bzw. nicht im gewünschten Ausmaß erfolgte Effizienzgewinne in der Verwaltung ausgemacht. In der Folge wird (von Regierungen und Politik) gefordert, Manager aus Privatunternehmen in die Verwaltung zu holen, um so „Effizienz“ zu lernen. Damit wird die traditionelle Distanz zwischen privaten Unternehmen und öffentlicher Verwaltung aufgegeben; es ergeben sich Möglichkeiten 'lohnender Korruption' [z. B. bei Auftragsvergaben an das Unternehmen des Verwaltungs-Managers, der Erarbeitung von unternehmensdienlichen Gesetzesvorlagen, usw.; M.G.] (136f.)

Die Aufgabe traditioneller Führungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung zugunsten eines marktähnlichen Managements beinhaltet das Zurückweisen von Expertenwissen, welches als eigennützig verfälscht und prinzipiell dem Wissensproduzenten Markt unterlegen angesehen wird. Paradoxerweise ähneln Führungsstrukturen und Entscheidungsprozesse des New Public Managements (NPM) jedoch denen sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaften: Gemäß NPM berät ein Manager einen Minister [Behördenleiter, Dezernenten; M.G.], der schließlich seine Entscheidung zu einer Sache verkündet; der Manager wird selbstverständlich nach Gusto des Ministers gewählt. Dies ähnelt stark sozialistischer Verwaltung, wo ein Parteibeauftragter die Staatsbediensteten überwacht; auf Debatten in Gremien, die mit Akteuren, Betroffenen, Experten und Neutralen besetzt sind und einen ausgewogenen, wissensbasierten Bericht zu Handlungsoptionen und ihren Folgen vorlegen – also dem traditionellen Verwaltungsvorgehen zur Entscheidungsfindung – wird bewusst verzichtet. (142)

Im Zuge des NPM werden öffentliche Dienstleistungen an private Unternehmen vergeben, die im Auftrag des Staates agieren; Ziel ist dabei die Kostensenkung durch Effizienzgewinne. 'Kunde' im Wortsinn wird dabei allerdings ausschließlich der Auftraggeber, die Nutzer der Dienstleistungen werden höchstens zu „Pseudo-Kunden“. Damit ist zugleich gesagt, dass das beauftragte Unternehmen ausschließlich dem staatlichen Auftraggeber verpflichtet ist und nur über diesen Umweg den Nutzern. Die Folge ist in der Regel ein Zielkonflikt zwischen kostenintensiver hochqualitativer Dienstleistung im Interesse der Nutzer und einer Diensterbringung niedriger Qualität zu geringen Kosten im Interesse der beauftragenden staatlichen Institution. [Darüber hinaus stellt sich das Problem der eindeutigen Zuordnung von Verantwortlichkeiten und entsprechender Haftung: Haftet das ausführende Unternehmen gegenüber dem Nutzer oder die beauftragende staatliche Institution?; M.G.] (180)

Werden profitorientierte Unternehmen beauftragt, müssen bei vergleichsweise niedrigeren Kosten zudem Gewinne realisiert werden. (189)

Eine von Privaten erbrachte öffentliche Dienstleistung geht prinzipiell mit drei möglichen Rollen des Inanspruchnehmenden einher:

- der traditionellen als Bürger, der gegenüber der Behörde seine Rechte einfordern kann;
- der privatwirtschaftlichen als Kunde, der mit Geld ausgestattet ist und dieses verschiedenen Anbietern zukommen lassen kann;
- der des Nutzers, der gegenüber dem beauftragten Unternehmen keine Rechte hat. (187)

Ist im Rahmen von Kostensenkungen die Qualität einer privat erbrachten öffentlichen Dienstleistung stark gesenkt worden, so kann sie zu einem aus der Sicht des haushaltenden Kunden untergeordneten Gut, einem so genannten inferioren Gut, werden, welches nur noch von Nutzern nachgefragt wird, die einen (notwendigen) Bedarf daran haben [Bsp.: Die Qualitätsstandards der für Eltern bzw. Schüler kostenfreien öffentlichen Schulen werden so stark gesenkt, dass sie wesentlich schlechter ausgebildete Schüler hervorbringen als private Konkurrenten, die Schulgeld verlangen. In der Folge werden sich auf öffentlichen Schulen vor allem Schüler aus Elternhäusern finden, die sich das Schulgeld nicht leisten können. – Die kostenfreie Schulausbildung ist also für haushaltende Eltern, die sich das Schulgeld leisten können, zu einem inferioren Gut geworden; M.G.] (188)

Das Versprechen der Politik bzw. Regierung zur Rechtfertigung der Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen ist eine Qualitätssteigerung durch Konkurrenz. Dabei wird zumeist nicht genannt, dass dieses das Vorhandensein zahlungskräftiger Kunden voraussetzt. Ebenfalls verschwiegen wird zumeist, dass Effizienzgewinne zulasten zahlungsschwacher Nutzer – die den Anbieter nicht wechseln können – realisiert werden können. (189)

Empirisch zeigt sich in Großbritannien, dass es bei ausgelagerten direkten Dienstleistungen für potenziell einflussreiche Kunden (z. B. Eltern von Schülern hinsichtlich der Unterrichtsqualität) keine nennenswerten Senkungen von Standards gegeben hat. Bei einflusslosen oder von der Mehrheitsgesellschaft ungeliebten Minderheiten können Standards jedoch erheblich gesenkt werden, da es sich um Pseudo-Kunden handelt, denen man für Andere inferior gewordene Güter anbieten kann (z. B. Inspektoren von Schulen, Flüchtlinge in Abschiebehaft, Rentner in Altenheimen). (191f.)

Pseudo-Kunden bzw. Nutzer privat erbrachter öffentlicher Dienstleistungen verfügen weder über Protest- noch Abwanderungsmöglichkeiten. In Anlehnung an Albert O. Hirschman [deutschstämmiger amerikanischer Volkswirt, (1915-2012)] haben Inanspruchnehmende von öffentlichen Dienstleistungen grundsätzlich diese zwei Möglichkeiten, um Änderungen herbeizuführen. Die Möglichkeit abzuwandern – exit-option nach Hirschman – ist Voraussetzung, um wirksam protestieren zu können, der Protest – voice-option – ist Voraussetzung für eine Angebotsänderung durch Informierung der Anbieter über Kundenwünsche. In einem Markt mit vielen Anbietern und Kunden im eigentlichen Sinne könnte sich so Konsumentensouveränität entfalten. Bei einem Anbietermarkt, gekennzeichnet durch im Extrem einen monopolistischen Anbieter setzen jedoch die Anbieter die Konditionen, Marktnischen bzw. Angebotsänderungen werden durch diese gefunden bzw. eingeleitet. Angesichts oligo- oder monopolistischer Anbieter, die zudem zunehmend „systemrelevant“ werden, können jedoch weder Konsumentenwahl noch Bürgerprotest wirksam werden. (204f.)

In Demokratien gibt es in der Regel einen autoritativen Rahmen, der nur unter erschwerten Bedingungen geändert werden kann, bspw. Verfassungsartikel. Gemäß Adam Smith braucht auch die Marktwirtschaft einen nicht-marktlichen Rahmen, ein „sentiment“ der Marktteilnehmer füreinander. Fehlen diese Rahmen, so können je mächtige politische Gruppen bzw. Marktteilnehmer die Demokratie bzw. die Marktbedingungen zulasten bzw. auf Kosten weniger Mächtiger zu ihren

Gunsten verändern. Die „Postdemokratie“ ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass mächtige wirtschaftliche Akteure politische Entscheider zu ihrem Gunsten beeinflussen, um schließlich ihre Machtposition noch weiter zu stärken. (217f.)

„Die [von Stephen Welch] als 'Hyperdemokratie' bezeichnete maßlose Politisierung von Sachfragen, über die eigentlich nur Experten sinnvoll diskutieren können, ist daher paradoxerweise ein Aspekt postdemokratischer Verhältnisse“ (219f.), weil:

- der Machtzuwachs einzelner Interessengruppen andererseits eine Vervielfältigung der Beteiligungsmöglichkeiten über Unbedeutendes verlangt, um die Legitimation der Demokratie aufrecht zu erhalten;
- Debatten über Alles und Jeden davon ablenken, dass grundlegende Fragen nach den Profiteuren eines solchen Systems nicht gestellt werden;
- zunehmende Angleichung der Positionen von großen Parteien zur Profilierung bei Kleinigkeiten zwingt. (219)

In einer Demokratie müssen die Bürger (politisch) entscheiden können, wie die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zwischen Staat und Privatunternehmen aufgeteilt werden soll, welche negativen Externalitäten von Unternehmen einkalkuliert oder vom Staat ausgeglichen werden sollen und welche Schädigungen an Gemeingütern durch Private als zulässig erachtet werden. (221f.)

Wie gezeigt, sind die Beziehungen zwischen Inanspruchnehmenden von privat erbrachten öffentlichen Dienstleistungen und den privaten Leistungserbringern nicht problemfrei, selbst wenn man das hauptsächliche Vorliegen der Bürger- oder der Kundenrolle zugesteht. [Aus volkswirtschaftlicher Perspektive handelt es sich um eine Anwendung des Principal-Agent-Problems, welches klassischerweise beschreibt, wie eigennützig handelnde Manager die Interessen der Eigentümer einer Firma vernachlässigen; M.G.]

Die klassische marktwirtschaftliche Lösung wäre bei unterstellter Kundenrolle das Wechseln des Anbieters der Dienstleistung. Jedoch kann selbst auf Märkten mit genügend hohen Zahlen von Anbietern und Nachfragern ein Marktversagen vorliegen:

- durch ein weitgehend homogenes Produktangebot, welches auch durch neue Anbieter nicht verändert wird;
- durch Informationsnachteile auf der Nachfragerseite, die eine objektive qualitative Beurteilung des Angebots erschweren bis unmöglich machen;
- durch Externalitäten oder Gemeingüter, aufgrund derer Anbieter zulasten Dritter handeln können.

Auch bei Marktversagen bietet ein ständiges Einmischen der Politik bzw. Regierung jedoch keine erfolgversprechende Alternative [Es führte vielmehr zu einer immer kleinschrittiger und intensiver werdenden Interventionsspirale im Sinne v. Hayeks, die neben dem grundsätzlich vorhandenen Informationsproblem, dann auf Seiten der Politik bzw. Regierung, die genannten weiteren Probleme nicht löst; M.G.]. Einen Lösungsweg bieten allerdings staatlich initiierte Inspektionen durch Experten sowie erweiterte Partizipationsmöglichkeiten der Bürger. (223)

Die Inspektoren sollen fachlich kompetent und frei von eigenen wirtschaftlichen Interessen im begutachteten Gebiet sein; ihre Aufgabe besteht in der Abfassung eigener Berichte aufgrund von Inaugenscheinnahmen oder Sichtung von Berichten der beauftragten Unternehmen. Beide Berichtsformen dürfen nicht schematisch auf wenige Kennzahlen reduziert werden, sondern müssen jeweilige Aktivitäten, Erfolge und Fehlschläge benennen. [Insoweit plädiert Crouch offenbar für ein qualitatives Benchmarking, bei denen die Inspektoren die Rolle von Auditoren im Rahmen eines umfassenden Qualitätsmanagements einnehmen; M.G.] Für schwere Pflichtversäumnisse seitens der Beauftragten sollen die Inspektoren über Sanktionsmöglichkeiten verfügen. Sie sollen durch unabhängige Gremien berufen werden und nicht aus der Privatwirtschaft kommen, das entsprechende Berufungsverfahren muss transparent sein. Schließlich sollen Laienvertreter

verhindern, dass es zu Betriebsblindheiten oder Schweigekartellen zwischen Inspektoren und Inspizierten kommt. (223-227)

Um Informationsnachteile auszugleichen, sollen Bürger mit weitgehenden Informations- und Partizipationsansprüchen ausgestattet werden. Wichtiger als die Etablierung geregelter Formen und Prozesse ist hierbei die Beteiligung möglichst vieler Auftraggeber. Eine vorherrschende Nutzer- oder Pseudokunden-Rolle soll also durch eine Bürgerrolle ersetzt werden. (227ff.)